

AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – September 2020

Inhalt

| | |
|--|----------|
| Nachrichten aus den EU-Institutionen | 1 |
| EU-Kommission: Konsultation zur Stärkung der Rechte des Kindes | 1 |
| EU-Kommission: Verordnung zur Bekämpfung von sexuellem Missbrauch vorgeschlagen | 1 |
| EU-Kommission: Aktionsplan gegen Rassismus vorgelegt | 1 |
| EU-Kommission: Asyl- und Migrationspaket vorgestellt | 1 |
| Rede zur Lage der Union | 2 |
| Nachrichten aus den europäischen Staaten..... | 2 |
| Dänemark: Unterstützung für schutzbedürftige Kinder in Grönland | 2 |
| Lettland: Kinderschutzhotline startet Kampagne zum Schulstart | 3 |
| Litauen: Kostenloses Mittagessen für alle ErstklässlerInnen | 2 |
| Slowakei: Kampagne zum Schutz von Kindern im digitalen Raum | 3 |
| Schweiz: Neue Richtlinien und Präventionsangebote zum Jugendschutz | 3 |
| Belgien: Petition für Ausweitung des Vaterschaftsurlaubs | 4 |
| Finnland: Beratungsplattform auf Englisch und Schwedisch verfügbar | 4 |
| Großbritannien: Konsultation zur Reform der Gesetzgebung zu Hochzeiten | 4 |
| Weitere Nachrichten | 4 |
| Fachgespräch zur Kindergarantie der AGF und COFACE Families Europe | 4 |
| COFACE Families Europe: Empfehlungen zur inklusiven Bildung..... | 5 |
| Zivilgesellschaftliche Organisationen veröffentlichen offenen Brief zur Lage der Geflüchteten auf Lesbos | 5 |
| Weltkindertag am 20. September | 6 |
| Berichte und Studien | 6 |
| OECD: Bildung auf einen Blick 2020..... | 6 |
| Ergebnisse des Youth and COVID-19-Survey | 6 |
| Studie zur Situation von Jugendlichen in Heimen während des Corona-Lockdowns | 7 |
| ESPN: Bericht über Zugang zu Grundversorgung für Menschen mit geringem Einkommen | 7 |
| Population Europe: Bericht zur Entwicklung ländlicher Regionen | 7 |
| EU-Kommission: Bericht zu Arbeit und sozialer Entwicklung | 8 |
| BAGSO: Positionspapier zu Lebensbedingungen älterer Menschen | 8 |
| OECD: Bericht über Personal in der Altenpflege | 8 |
| Bevorstehende Veranstaltungen..... | 9 |

Nachrichten aus den EU-Institutionen

EU-Kommission: Konsultation zur Stärkung der Rechte des Kindes

Die EU-Kommission will zu Beginn des Jahres 2021 die Strategie für die Rechte des Kindes 2021-2024 vorlegen. In ihre Erarbeitung sollen nun Beiträge von BürgerInnen einfließen, die in einer breiten öffentlichen Konsultation gesammelt werden. Die EU-Kinderrechtsstrategie soll sicherstellen, dass die Rechte aller Kinder auf Gesundheit, Bildung, Familienleben, Spiel und Erholung geschützt werden. Zudem solle allen Kindern das Recht eines angemessenen Lebensstandards und der Schutz vor Gewalt und Missbrauch gewährt sein. Bis zum 01. Dezember können Beiträge zur Ausgestaltung der Strategie eingebracht werden.

- [Zur Konsultation über die EU-Kinderrechtsstrategie](#) 

EU-Kommission: Verordnung zur Bekämpfung von sexuellem Missbrauch vorgeschlagen

Die EU-Kommission hat eine Übergangsverordnung als Grundlage zur freiwilligen Mithilfe von Online-Kommunikationsdiensten in der Bekämpfung von sexuellem Missbrauch an Kindern vorgeschlagen. Die Schaffung einer neuen rechtlichen Grundlage zur Kooperation mit Internetplattformen ist notwendig, weil ab dem 21. Dezember dieses Jahres der Europäische Kodex für Kommunikation vollständig angewendet wird. Damit fallen einige Email- und Messaging-Dienste in den Bereich der e-Privacy-Richtlinie, sodass die Anbieter dort hochgeladene bzw. gesendete Inhalte und erfasste Verkehrsdaten nicht mehr verarbeiten dürfen. Da die neue Richtlinie keine Ausnahmeregelung zur Identifizierung und Entfernung von Inhalten sexuellen Missbrauchs enthält, müssten Kommunikationsanbieter ihre Aktivitäten zum Aufdecken dieser Inhalte mit ihrem Inkrafttreten einstellen. Die nun vorgeschlagene Übergangsverordnung soll die EU-weite rechtliche Grundlage dafür schaffen, dass Internetplattformen durch solche Aktivitäten bei der Bekämpfung von sexuellem Missbrauch im Netz helfen. Wird sie vom Parlament und vom Rat angenommen, soll sie bis Ende 2025 in Kraft bleiben.

EU-Kommission: Aktionsplan gegen Rassismus vorgelegt

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat den geplanten EU-Aktionsplan gegen Rassismus vorgestellt. Er soll einen verbindlichen Rechtsrahmen setzen, der alle Mitgliedstaaten zum Vorgehen gegen rassistische Diskriminierungen verpflichtet. Bereits bestehende EU-Rechtsvorschriften sollen künftig konsequent umgesetzt werden. Zudem müsse der Rechtsrahmen in den Bereichen erweitert werden, die bisher von geltenden Antidiskriminierungsvorschriften nicht erfasst werden. Dazu zählten vor allem die Bereiche Strafverfolgung und Justiz. Außerdem sind die Mitgliedstaaten aufgefordert, alle bereits bestehenden Mittel und Instrumente, z.B. aus dem Programm „Next Generation EU“ für die Bekämpfung von rassistischer Diskriminierung zu nutzen. Aktuelle Umfragen der EU-Grundrechteagentur zufolge erleben ca. 40 Prozent der Menschen afrikanischer Herkunft und der Roma in der EU-Diskriminierung. 11 Prozent der jüdischen Menschen in der EU gaben an, von antisemitischer Diskriminierung betroffen zu sein.

EU-Kommission: Asyl- und Migrationspaket vorgestellt

In der Debatte um eine gemeinsame EU-Asyl und Migrationspolitik hat die EU-Kommission einen Vorschlag für ein gemeinsames Asyl- und Migrationspaket der Union eingebracht. Darin sollen die verschiedenen Anliegen und

Interessen Berücksichtigung finden. Der Vorschlag soll die Sicherheit der flüchtenden Menschen ebenso berücksichtigen wie die Bedenken jener Mitgliedstaaten, die durch verstärkte Fluchtbewegungen ihre nationalen Integrationssysteme bedroht sehen. Der erste Baustein das gemeinsame europäische Migrationsmanagement soll eine umfassende Gesundheits- und Sicherheitsüberprüfung vor der Einreise in die EU sein, um illegale Einreisen zu verhindern. Ein zweites grundlegendes Element soll die geteilte Verantwortung der EU-Staaten für asylsuchende Menschen sein, wie z.B. die Verteilung von AsylbewerberInnen aus EU-Grenzregionen mit hohem Migrationsdruck oder andere Formen der Unterstützung dieser Staaten durch die übrigen Mitglieder der EU sein. Zudem werde die EU auf die Zusammenarbeit mit Drittstaaten setzen, um die Einreise über illegale Zugangswege bereits im Vorfeld zu vermeiden und die Abschiebung von Personen ohne Aufenthaltsrecht zu vereinfachen.

- [Kommissionsvorschlag zum EU-Migrations- und Asylpaket](#)

Rede zur Lage der Union

Jedes Jahr im September hält der/die EU-Kommissionspräsident/in die Rede zur Lage der Union, in der auf politisch Erreichtes im vergangenen Jahr zurückgeblickt wird und die wichtigsten politischen Ziele für das folgende Jahr vorgestellt werden. Ursula von der Leyen zeigte sich in ihrer diesjährigen Rede zuversichtlich, die Ziele eines widerstandsfähigen, nachhaltigen und digitalen Europas mit den geplanten Programmen und ihrer finanziellen Ausstattung auf einen guten Weg bringen zu können. Konkret seien im kommenden Jahr der Schutz der BürgerInnen und ihrer Gesundheit, aber auch der europäischen Wirtschaft wichtig. Dabei sollten die Potentiale des europäischen Binnenmarktes voll genutzt und die Einnahme einer Führungsposition im Bereich digitaler Technologien angestrebt werden. Im Bereich der Migration sei es wichtig, EU-weit einheitliche und den Ansprüchen des Rechtsstaates gerecht werdende Lösungen zu finden. Zugleich müsse daran gearbeitet werden, dass Rassismus und Diskriminierung in der gesamten EU abgebaut werden.

- [Rede zur Lage der Union 2020](#) 

Nachrichten aus den europäischen Staaten

Litauen: Kostenloses Mittagessen für alle ErstklässlerInnen

Seit Anfang dieses Jahres erhalten alle Vorschulkinder in Litauen ein kostenloses Mittagessen in der Schule – seit September gilt dies auch für die SchülerInnen der ersten Klassen. Alle älteren SchülerInnen erhalten nach wie vor das kostenlose Mittagessen nur nach einer Prüfung des Familieneinkommens. Liegt dieses monatlich unter 187,50 Euro pro Person, besteht ein Anspruch auf kostenloses Schulessen. Das Kindergeld wird bei dieser Prüfung nicht angerechnet. Für Alleinerziehende, Kinder sowie Eltern mit Behinderungen und bei Krankheitsfällen besteht die Möglichkeit von Ausnahmeregelungen. Das Ministerium für soziale Sicherung und Arbeit Litauens schlägt vor, die elternunabhängigen kostenlosen Schulessen ab dem Jahr 2021 auch auf die ZweitklässlerInnen auszuweiten. Diese Maßnahme solle die gesunde Ernährung schon im jungen Alter fördern. Eine Studie aus dem Jahr 2016 hatte ergeben, dass in Litauen nur ca. 50 Prozent der 5- bis 9-Jährigen frühstücken und nur ca. 37 Prozent von Ihnen täglich Obst und Gemüse essen. Die Versorgung der VorschülerInnen und ersten Klassen kostet jährlich ca. 37 Mio. Euro. Die Ausweitung des Angebots auf die zweiten Klassen würde jährlich zusätzlich ca. 10 Mio. Euro kosten.

Dänemark: Unterstützung für schutzbedürftige Kinder in Grönland

Dänemark und Grönland haben gemeinsame Empfehlungen zur Unterstützung von besonders schutzbedürftigen Kindern und Jugendlichen in Grönland ausgearbeitet. Dort wächst aktuell jedes dritte Kind in Verhältnissen auf, die von Vernachlässigung oder mangelnder elterlicher Sorge geprägt sind. Beinahe jedes fünfte nach 1995 geborene Kind hat sexuellen Missbrauch erlebt. Die Suizidrate unter jungen Menschen ist hoch. Die grönländische und die dänische Regierung haben zur Verbesserung der Unterstützung dieser gefährdeten Kinder und Jugendlichen eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, die nun Maßnahmen zur Prävention und Intervention bei Kindeswohlgefährdung ausgearbeitet hat. Sie sollen die Ausweitung von Informationskampagnen, ein größeres Angebot im Bereich der Sozialarbeit und die Verbesserung der rechtlichen Lage umfassen. Die dänische Regierung unterstützt die Bemühungen mit 80 Millionen dänischen Kronen (ca. 10,7 Millionen Euro).

Lettland: Kinderschutzhotline startet Kampagne zum Schulstart

Die Kinderschutzhotline in Lettland hat die Kampagne „Back to School“ gestartet. Sie wird von der lettischen Aufsichtsbehörde zum Schutz der Rechte des Kindes gefördert und soll speziell auf die Herausforderungen für Familien zu Beginn des neuen Schuljahres eingehen. Der Beginn des neuen Schuljahres sei grundsätzlich eine Zeit, die Familien Sorgen bereiten könne und in diesem Jahr seien Familien durch die Covid-19-Pandemie besonders belastet. Eine Helpline bietet daher im Rahmen der Kampagne ein ausgeweitetes psychologisches Beratungsangebot für Kinder und Erwachsene. Auch ErzieherInnen und LehrerInnen sind aufgerufen, bei Fragen oder Problemen die Beratung in Anspruch zu nehmen. Neben dem telefonischen Angebot besteht auch die Möglichkeit einer Online-Konsultation per Chat.

Slowakei: Kampagne zum Schutz von Kindern im digitalen Raum

Das slowakische Ministerium für Arbeit und Soziales hat eine Kampagne zum Schutz von Kindern im Internet gestartet. Sie ist Teil des nationalen Konzepts zum Schutz von Kindern im Digitalen Raum, das im Februar 2020 beschlossen wurde. Als Grundlage für diese Arbeit wurde eine Erhebung durchgeführt, nach der 83 Prozent der Kinder zwischen neun und 17 Jahren in der Slowakei mit einem eigenen Smartphone das Internet nutzen. Für gefährdende Inhalte, Cybermobbing und Kindesmissbrauch im Netz gebe es allerdings noch keine ausreichende Gesetzgebung und nicht genügend Kenntnis und Aufmerksamkeit in der Bevölkerung. Die Kampagne wendet sich den Themen Hass im Netz, soziale Medien und Realität sowie Fake News zu.

Schweiz: Neue Richtlinien und Präventionsangebote zum Jugendschutz

Der Schweizer Bundesrat hat Entwürfe für neue Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen beschlossen. So ist geplant, die Altersgrenzen für Filme und Videospiele zu überarbeiten. Künftig sollen die Alterskennzeichen zum Schutz vor sexuellen oder Gewalthandlungen und anderen nicht altersgerechten Inhalten schweizweit gelten und für alle Hersteller und Händler verpflichtend sein. Zur Prävention von sexueller Gewalt an Kindern soll zudem das Beratungs- und Therapieangebot für Menschen mit sexuellem Interesse an Kindern ausgebaut werden. Eine Studie der Universität Luzern kam zu dem Ergebnis, dass eine psychosoziale und therapeutische Unterstützung dazu beiträgt, dass Menschen mit Pädophilie nicht zu TäterInnen werden.

- [Studie "Präventionsangebote für Personen mit sexuellen Interessen an Kindern und ihre Wirkung"](#) 

Belgien: Petition für Ausweitung des Vaterschaftsurlaubs

Die belgische Familienorganisation „Ligue des familles“ hat eine Petition gestartet, in der sie die Ausweitung des Vaterschaftsurlaubs in Belgien auf 15 Wochen fordert. Aktuell haben Mütter in Belgien den gesetzlichen Anspruch auf 15 Wochen Mutterschutz, das zweite Elternteil auf zwei Wochen sogenannte Vaterschaftszeit. Die Angleichung des Anspruchs soll die Beziehung von Vätern zu ihren Kindern und ihre gleichwertige Einbindung in die Versorgung und Erziehung fördern. Sie soll außerdem dazu beitragen, dass die Mutter sich im Wochenbett von der Geburt erholen kann, ohne allein für das Kind sorgen zu müssen. Zudem würde die Regelung die gleichberechtigte Aufteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit in Familien von Beginn an fördern, sodass sie auch einer gleichen Erwerbsbeteiligung von Frauen zugutekommen werde.

Finnland: Beratungsplattform auf Englisch und Schwedisch verfügbar

Die finnische Beratungsplattform „Hyvä kysymys“ (Gute Frage) von Väestöliitto bietet Informationen und Beratung für verschiedenste Lebenssituationen an. Sie bietet Rat für Fragen und Probleme in Beziehungen und Familien, bei der Erziehung, in Krisen, bei psychischen Erkrankungen und Sucht und vielen weiteren Themen an. Das Angebot wurde nun ausgeweitet und steht auch in englischer und schwedischer Sprache zur Verfügung. Neben traditionellen Formaten wie Ratgeberartikeln stehen Podcasts und Videos, Austauschmöglichkeiten im Chat und Forum sowie professionelle Beratung per Chat oder Telefon zur Verfügung. Es können zudem Online-Kurse zu ausgewählten Themen besucht und das Wissen in Tests spielerisch abgefragt werden.

- [Zur englischen Version von Hyvä kysymys](#) 

Großbritannien: Konsultation zur Reform der Gesetzgebung zu Hochzeiten


Die britische Rechtskommission hat einen Entwurf zur Modernisierung der Gesetzgebung zu Hochzeiten vorgelegt. Darin wird vorgeschlagen, die möglichen Orte für Eheschließungen auf Parks, Strände, private Veranstaltungsräume und weitere Gebäudeformen auszuweiten. Zudem sieht der Entwurf vor, vielfältigere Formen der Zeremonie zuzulassen. So sollen auch die Zeremonien nicht-religiöser weltanschaulicher Gruppen rechtlich anerkannt werden. Damit soll auch sichergestellt werden, dass weniger Hochzeiten vom Staat nicht als gültige Eheschließungen betrachtet werden. Dieses Problem tritt derzeit in Sorgerechts- und Gütertrennungskonflikten häufig auf, wenn z.B. nach islamischem Recht geschlossene Ehen vom britischen Staat nicht anerkannt und mit dem Ehestatus verbundene Ansprüche daher nicht geltend gemacht werden können. Vorgeschlagen wird zudem, den Prozess der Anmeldung zu vereinfachen und hierfür kein persönliches Erscheinen mehr zu erfordern.

Weitere Nachrichten

Fachgespräch zur Kindergarantie der AGF und COFACE Families Europe am 29. Sept.

AGF und COFACE Families Europe haben ein gemeinsames Europäisches Fachgespräch zum Thema "The Child Guarantee - a tool to tackle family poverty?" veranstaltet. Im Mittelpunkt stand die sogenannten Kindergarantie. Dahinter steht das Ziel der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments, für alle Kinder und Jugendliche in fünf zentralen Lebensbereichen Garantien für eine Mindestversorgung zu schaffen. Dabei geht es um die Sicherung des Zugangs von Kindern zu kostenloser medizinischer Versorgung, unentgeltlicher Bildung,

kostenlosen Betreuungseinrichtungen, angemessenen Wohnverhältnissen und geeigneter Ernährung. Die Initiative soll insbesondere die Teilhabechancen von Kindern in besonders armutsgefährdeten Familiensituationen, Kindern mit Migrations- oder Fluchterfahrung, Kindern in Heimunterbringung und Kindern mit Behinderung stärken. Aus Sicht der AGF und COFACE Families Europe ist die Kindergarantie eine vielversprechende Initiative und bietet die Gelegenheit, den Kampf gegen Kinder- und Familienarmut zu verstärken und die Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte des Kindes weiter voranzutreiben. Dazu diskutierten ca. 30 ExpertInnen vor Ort in Berlin und weitere 75 ExpertInnen, die per Videokonferenz dieser Tagung zugeschaltet wurden. Ein Grußwort hielt Nicolas Schmidt, Kommissar für Beschäftigung, Soziales und Integration in der Europäischen Kommission. Im Rahmen der Gremiensitzungen, die bereits im Vorfeld stattgefunden hatten, ist Sven Iversen, Geschäftsführer der AGF, zum Vize-Präsidenten der COFACE gewählt worden. Die bisherige Präsidentin Annemie Drieskens vom belgischen Familienverband Gezinsbond sowie die zweite Vize-Präsidentin Antonia Torrens aus Griechenland wurden in ihrem Amt bestätigt. Neue Schatzmeisterin ist Sylvia Stanic aus Kroatien.

- [Grußwort des Kommissars für Beschäftigung, Soziales und Integration](#) 
- [Details zur Veranstaltung](#)

COFACE Families Europe: Empfehlungen zur inklusiven Bildung

COFACE Families Europe hat im vergangenen Jahr umfassende Richtlinien zur Inklusion von Menschen mit Behinderungen veröffentlicht. Der S.H.I.F.T. Ratgeber (Support, Human Rights, Independence, Families, and society Transition) war der Auftakt zu einer Diskussion zur inklusiven Gestaltung verschiedener gesellschaftlicher Bereiche. Die nun veröffentlichten Empfehlungen beziehen sich speziell auf den Bereich der Bildung und die Entwicklung inklusiver Ansätze für Schulen. Es wird empfohlen, Schulformen und Unterrichtsinhalte so zu planen, dass sie sich den Bedürfnissen von SchülerInnen mit Behinderungen anpassen – anstatt wie derzeit Regelschulen zu konzipieren, denen die SchülerInnen sich entweder anpassen oder in spezielle Einrichtungen für Kinder mit Behinderungen wechseln müssen. Dafür müsse sich ein Verständnis von Bildung als universelles Recht durchsetzen und Bildungssysteme folglich so gestaltet werden, dass jedem Kind dieses Recht zukommen kann.

- [COFACE Empfehlungen zur inklusiven Bildung](#)  
- [S.H.I.F.T. – A guide to shift towards meaningful inclusion of persons with disabilities and their families](#) 

Zivilgesellschaftliche Organisationen veröffentlichen offenen Brief zur Lage der Geflüchteten auf Lesbos

Die Situation der geflüchteten Menschen auf den griechischen Inseln wird seit Jahren von Hilfsorganisationen kritisiert. Mit dem Ausbruch der Corona-Pandemie geriet insbesondere das Lager Moria auf Lesbos in die scharfe Kritik. Dort lebten zeitweise bis zu 20.000 Menschen in einem Lager, das für maximal 3.000 Menschen ausgerichtet war. Der Zugang zu sanitären Anlagen und die Versorgung mit medizinischen Gütern und Lebensmitteln waren nicht mehr gewährleistet. Nachdem das Coronavirus das Lager im September erreicht hatte, wurden die alle BewohnerInnen zur Isolation im Lager eingesperrt. Durch ausgebrochene Feuer waren tausende Menschen, darunter viele Familien mit Kindern, obdachlos. In einem offenen Brief an die EU-Institutionen rufen zivilgesellschaftliche Organisationen nun dazu auf, die geflüchteten Menschen in verschiedene europäische Staaten aufzunehmen, statt auf Lesbos ein ähnliches Lager zu errichten. Sie fordern die EU auf, eine gemeinsame Migrationspolitik zu entwerfen, mit der Hotspots dieser Art vermieden werden.

- [Urgent Call to Action from Civil Society Organisations across Europe](#)  

Weltkindertag am 20. September

Weltweit gibt es verschiedene Aktionstage, um auf die Rechte von Kindern aufmerksam zu machen. Der Internationale Kindertag wird am 1. Juni, der Tag der internationalen Rechte des Kindes am 20. November gefeiert. In Deutschland hat sich zudem der 20. September als Weltkindertag durchgesetzt, an dem das Deutsche Kinderhilfswerk und UNICEF Deutschland jährlich zu Veranstaltungen laden. Auch in diesem Jahr wurde der Aktionstag in Deutschland begangen – aufgrund der Beschränkungen wegen der Covid-19-Pandemie allerdings nicht wie üblich in Form eines Straßenfestes. Sie riefen Kinder und Familien dazu auf, sich mit Kreidezeichnungen auf den Straßen an die Öffentlichkeit zu wenden. Die Aktion wurde vielfach fotografiert und Zeichnungen und Slogans auch übers Social Media verbreitet.

- [UNICEF Deutschland zum Weltkindertag 2020: Kinder erobern die Straßen](#)

Berichte und Studien

OECD: Bildung auf einen Blick 2020

Der Bildungsbericht der OECD für das Jahr 2020 ist erschienen. Darin werden die Bildungssysteme der OECD-Staaten und weiterer Partnerländer im Hinblick auf ihre Struktur, Finanzierung und Ergebnisse verglichen. Die Leistungsfähigkeit der Bildungssysteme wird anhand von Bildungsbeteiligung, Bildungsverläufen, Arbeitsmarktdaten und sozialen Indikatoren zu den AbsolventInnen verglichen. Einbezogen werden neben Indikatoren zur schulischen Bildung von Kindern und Jugendlichen auch solche zur beruflichen Aus- und Weiterbildung. Die Finanzierung der Systeme wird daraufhin verglichen, welche Ressourcen in Lehrkräfte, das Lernumfeld und die Organisation von Bildungseinrichtungen investiert werden. Neben diesem übergreifenden Bericht stehen einzelne Kapitel zu den teilnehmenden Staaten, die sogenannten Ländernotizen zur Verfügung. Ein zusätzlicher Kurzbericht stellt die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf die Bildung in den verschiedenen Staaten dar.

- [OECD: Bildung auf einen Blick 2020](#)
- [The impact of COVID-19 on education - Insights from Education at a Glance 2020](#)  

Ergebnisse des Youth and COVID-19-Survey

Um Einsichten zum Einfluss der Covid-19-Pandemie auf das Leben junger Menschen weltweit zu gewinnen, haben sich mehrere Organisationen zu einer Befragung zusammengeschlossen. Die Ergebnisse dieser Umfrage liegen nun vor. Beteiligt am „Youth and Covid-19 Survey“ waren u.a. das European Youth Forum, die International Labour Organization und das Büro für Menschenrechte der UN. Die Umfrage wurde vom 21. April bis zum 21. Mai in 112 Staaten durchgeführt und sammelte die Antworten von 12.000 jungen Menschen. Befragt wurden diese zu den Themen Schule, Ausbildung und Arbeit, psychisches Wohlbefinden, Jugendrechte und Aktivismus. Im Bereich der Arbeit zeigte sich, dass viele junge Menschen von der wirtschaftlichen Krise betroffen sind. Der Zugang zu Angeboten der digitalen Bildung sei von sozialen Ungleichheiten gekennzeichnet. Ca. 40 Prozent der Befragten geben an, durch die gegenwärtige Krise psychisch belastet zu sein. Im Bericht wird dazu aufgerufen, gegen diese Entwicklungen politische Schritte einzuleiten.

- [Youth & Covid-19: Impacts on Jobs, Education, Rights and Mental Wellbeing](#) 

Studie zur Situation von Jugendlichen in Heimen während des Corona-Lockdowns

Die Universität Basel hat in Zusammenarbeit mit dem Fachverband Sozial- und Sonderpädagogik der Schweiz eine Studie zur Situation von Jugendlichen in Heimen während des Corona-Lockdowns durchgeführt. An der Online-Befragung haben Jugendliche aus der Schweiz, Deutschland, Luxemburg und Österreich teilgenommen. Als hauptsächliche Belastung durch den Lockdown wurde dabei die Isolation von Familie und Freunden genannt. Ein Viertel der Teilnehmenden äußerte darüber hinaus Sorge, durch die psychische Belastung könnte die Situation zu Hause eskalieren und Familienmitglieder häuslicher Gewalt ausgesetzt sein. Zum Umgang mit der Situation des Lockdowns äußerte ein Großteil, es durch das Leben in einer Einrichtung nicht schwieriger, teils sogar leichter zu haben als Jugendliche, die bei ihren Familien wohnen. Dies verweise laut Auswertung der Studie auf Potenziale der Institutionen, die Herausforderungen und Belastungen durch die Ausnahmesituation aufzufangen.

- [Die Corona-Krise aus der Perspektive von jungen Menschen in der stationären Kinder- und Jugendhilfe \(CorSJH\)](#) 

ESPN: Bericht über Zugang zu Grundversorgung für Menschen mit geringem Einkommen

Das European Social Policy Network (ESPN) hat einen Bericht veröffentlicht, in dem der Zugang zu Leistungen der Grundversorgung für Menschen mit geringen Einkommen in den EU-Mitgliedstaaten und acht weiteren Staaten analysiert wird. Zur Grundversorgung werden Wasser, sanitäre Einrichtungen, Energie, Fortbewegungsmittel, Finanzdienstleistungen und digitale Kommunikation gezählt. Das Recht auf diese grundlegenden Dienste ist in der Europäischen Säule Sozialer Rechte festgeschrieben. Insgesamt zeigt der Bericht, dass die Versorgung der gesamten Bevölkerung mit diesen Leistungen ausgebaut werden muss. Das Recht auf Wasser sei nur in einem Drittel der 35 einbezogenen Länder vollständig gesichert. Auch in allen anderen Bereichen gebe es weiterhin Defizite: Insbesondere beim Zugang zum öffentlichen Verkehr, zu Bankdienstleistungen und digitaler Kommunikation bestünden große Versorgungslücken. Zusätzlich zum Bericht über die Situation in Europa stehen Berichte über die Situation in den einzelnen Staaten zur Verfügung.

- [ESPN: Bericht über den Zugang zu grundlegenden Leistungen in Europa](#) 

Population Europe: Bericht zur Entwicklung ländlicher Regionen

Das Netzwerk für demographische Forschung in der EU, Population Europe, hat den Bericht „A Long-Term Vision for the Development of Rural Areas in Europe: Insights from demography“ veröffentlicht. Darin werden die Ergebnisse verschiedener ExpertInnen zur demographischen Entwicklung zusammengetragen und damit die Debatte um die zukünftige Entwicklung ländlicher Regionen in Europa dargestellt. Diese Regionen unterscheiden sich deutlich anhand verschiedener Kriterien, dennoch gibt es einige allgemeine Anforderungen für ihre Entwicklung. Breitband-Internet und die flächendeckende medizinische Versorgung müssen zukünftig überall auf dem Land ausgebaut werden. In Gegenden, die von Landflucht geprägt sind, seien es vor allem Frauen, die in Städte ziehen. Um die Infrastruktur auf dem Land langfristig zu erhalten, müssten diese Regionen für Frauen attraktive Arbeits- und Lebensbedingungen schaffen. Auch die Öffnung für Migration und die Akzeptanz gesellschaftlicher Vielfalt könne ein Weg sein, um strukturschwache Gegenden zu beleben.

- [A Long-Term Vision for the Development of Rural Areas in Europe](#) 

EU-Kommission: Bericht zu Arbeit und sozialer Entwicklung

Der aktuelle Bericht der EU-Kommission zu Arbeit und sozialer Entwicklung trägt den Titel "Leaving no one behind and striving for more: fairness and solidarity in the European social market economy". Darin finden sich Zahlen zur ökonomischen Entwicklung insgesamt, zu Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt, der Entwicklung von Armut und sozialer Ungleichheit. Außerdem werden politische Maßnahmen vorgestellt, wie größere soziale Gerechtigkeit in der Europäischen Union, auch in Krisensituationen wie der Covid-19-Pandemie, erreicht werden kann – z. B. Mindestlöhne und Grundeinkommen. Im Bericht werden geteilte gesellschaftliche Vorstellungen von Verteilungs- und Chancengerechtigkeit als Voraussetzungen solcher Maßnahmen diskutiert. Zudem werden solidarische politische Antworten für Entwicklungen wie den demographischen Wandel, den Klimawandel und die Digitalisierung aufgezeigt.

- [Employment and Social Developments in Europe 2020](#) 

AGE und BAGSO: Digitalisierung: Die Rechte Älterer stärken

Die Förderung von Menschenrechten im Alter stand im Fokus einer internationalen Online-Konferenz im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft. Eines der Schwerpunkt-Themen war Digitalisierung, die durch die COVID-19-Pandemie beschleunigt worden sei und erhebliche Auswirkungen auch auf das Leben älterer Menschen habe. Dies gelte unter anderem für die soziale Interaktion, den Zugang zu Informationen und die Erbringung von Dienstleistungen. Diese verstärkte Nutzung digitaler Technologien bliebe auch nicht ohne Konsequenzen für die Menschenrechte. Hochrangige Vertreterinnen und Vertreter der Europäischen Kommission und mehrerer Mitgliedstaaten sowie Vertreterinnen und Vertreter europäischer Seniorenorganisationen diskutieren darüber, wie ältere Menschen stärker von der Digitalisierung profitieren können. Die Konferenz wurde gemeinsam vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, der AGE Platform Europe und der BAGSO – der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen – veranstaltet.

OECD: Bericht über Personal in der Altenpflege

Die OECD hat einen umfassenden Forschungsbericht über das Personal in der stationären Altenpflege, ihre beruflichen Qualifikationen und Aufgabenfelder in den OECD-Staaten herausgegeben. Ein verbreitetes Problem sei der Fachkräftemangel. Aktuell fehle in den meisten untersuchten Staaten Personal, durch den demographischen Wandel wird zukünftig ein höherer Bedarf an Pflegekräften für ältere Menschen als heute erwartet. Probleme in der Branche seien außerdem die hohe Zahl atypischer Beschäftigter, zumeist zu Niedriglöhnen. Diese Umstände sowie die hohe Quote von körperlichen und psychischen Beeinträchtigungen im Zusammenhang mit der Tätigkeit machten die Altenpflege zu einer wenig attraktiven Branche. Auch die Pflege der älteren Menschen leide unter diesen Bedingungen: Eine große Zahl der Pflegenden ist nicht für alle Aufgaben qualifiziert, die sie ausführen müssen. Um Pflegeberufe künftig attraktiver zu machen und die Pflege älterer Menschen zu verbessern, müssten die Ausbildungen aufgewertet und die Arbeitsbedingungen sowie die Bezahlung verbessert werden.

- [OECD Health Policy Studies: Who Cares? Attracting and Retaining Care Workers for the Elderly](#) 

Bevorstehende Veranstaltungen

| Datum/ Ort | Titel der Veranstaltung | Veranstalter |
|---|---|--|
| 6. Okt. 2020 Berlin, Deutschland / Online | Europäisches Forum für Wissenschaft und Bildung für Nachhaltigkeit 2020 | Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) |
| 5.-23. Okt 2020 Online | European Week of Regions and Cities 2020 | Europäische Kommission |
| 13. Okt. 2020 Online | Aftercare for Care Leavers: Learning lessons from across Europe | Eurochild |
| 4., 11. & 18. Nov. 2020 Online | Helping Families through Separation and Divorce: Collaboration, not Confrontation, in Social Plurality (Annual ICCFR Seminar) | AGF, ICCFR |
| 25.-27. Nov 2020 Mannheim, Deutschland | European Social Economy Summit 2020 | Europ. Kommission, Stadt Mannheim |

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) und ist in der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) aktiv.



AGF e.V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Str. 14, 10785 Berlin · Tel.: + 49 (0) 30 2902825-78

E-Mail: europa@ag-familie.de · Web: <http://ag-familie.de>

Redaktion: Olga Kedenburg, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)

Die AGF wird gefördert vom

